

STUDENTENSCHAFT

JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

STUDIERENDENPARLAMENT

Protokoll der 4. Sitzung des 47. Studierendenparlaments vom 23.10.2008

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung
4. Mitteilung des Präsidiums
5. Wahl einer Vizepräsidentin/eines Vizepräsidenten des Studierendenparlaments
6. Vorschlag der studentischen Vertreter und Vertreterinnen im Verwaltungsrat des Studentenwerks
7. Wahl des Wahlausschusses der Studierendenschaft
8. Wahl zum Allgemeinen Studierendenausschuss
9. 1. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft
10. Mitteilungen studentischer Amtsträgerinnen und Amtsträger
11. Fragen an studentische Amtsträgerinnen und Amtsträger
12. Anträge
13. Sonstiges

Beginn: 20: 15 Uhr

TOP 1: Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Das Präsidium stellt die Anwesenheit fest.

Brennpunkt Uni	Alexander Vasil, Anna Bühne
Demokratische Linke	Nathalie Meyer, Antonia Capito
Jusos	Samira Boushouaf, Sonja Röhm, Erkan Ertan, Marie Moos, Eric Baumann, Markus Gretschel, Janina Grunwald, Johannes Minet, Gaby Leber, Younes Qurirou, Johannes Henkel, Kadir Kara
LHG	Markus Dammann
RCDS	Dimitrij Kalaschnikow
SDS.Die Linke	Jonas Ahlgrimm
SZ-ZG	Partick Voyé
UniGrün	Thomas Krauskopf, Tayfun Tok, Steffen Theiß
Vote for Spiderpig	Florian Hartmann

Entschuldigt fehlen: Lucas Proehl, Frederic Scheider (Jusos), Melanie Haubrich (Jusos), Florens Meyer (RCDS), Angelina Crecelius (SDS.Die Linke), Daniel Kujawski (SZ-ZG), Sara Sanchez Miguel (UniGrün), Kadiriye Güven (UniGrün)

Unentschuldigst fehlen: Michael Brauckhoff (ASG), Emanuela de Laurenzi (DEZ), Floria Jäger (Jusos), Yücel Korkusuz (SZ-ZG),

Es sind 24 von 31 Parlamentarierinnen und Parlamentariern anwesend.
Damit ist das Studierendenparlament beschlussfähig.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

A. Es wird beantragt, die TOP 10 und 11 vor den TOP 5 zu setzen. Es erfolgt eine formale Gegenrede.

Abstimmung: 8 x Ja
11 x Nein
3 x Enthaltung
→ Antrag nicht angenommen.

B. Genehmigung der ursprünglichen Version der Tagesordnung.

Abstimmung: 16 x Ja
6 x Nein
2 x Enthaltung
→ Tagesordnung wurde genehmigt.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung

Patrick Voyé bemängelt, dass SZ-ZG nicht im Protokoll vermerkt sind.

Abstimmung:
Das Protokoll wird bei 3 Enthaltungen und keinen Neinstimmen genehmigt.

TOP 4: Mitteilung des Präsidiums

1. Eric Baumann teilt mit, dass das Präsidium sich entschlossen hat, die aktuelle Homepage nicht zu überarbeiten, da sie demnächst im CM-System der Uni erscheinen wird, um sie übersichtlicher zu gestalten leichter aktualisiert zu können.
2. Eric teilt weiter mit, dass Parlamentsvizepräsident Markus Gretschel von diesem Amt zurückgetreten ist und dankt ihm für seine Arbeit im Präsidium.
3. Folgende Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Liste „Der erhobene Zeigefinger“ sind zurückgetreten: Benjamin Morgan, Melanie Anton und Adam Czapelka, da er Mitglied des Ältestenrat ist
4. Des Weiteren ist Marie Moos, als Referentin für Wohnen und Soziales im Allgemeinen Studierendenausschuss zurückgetreten.

TOP 5: Wahl einer Vizepräsidentin/eines Vizepräsidenten des Studierendenparlaments

Marie Moos wird vorgeschlagen.

Abstimmung: 19 x Ja

5 x Nein
0 x Enthaltung
→ Marie Moos ist gewählt.

TOP 6: Vorschlag der studentischen Vertreter und Vertreterinnen im Verwaltungsrat des Studentenwerks

A. Im Verwaltungsrat unseres Studentenwerks gibt es 3 studentischer Vertreter. 2 davon darf das Studierendenparlament der JLU benennen. Obwohl gem. §5 V Satz 3 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen die studentischen Vertreter vom Präsidium benannt werden, wurde diese Thematik – wie auch die Jahre zuvor – auf die Tagesordnung gesetzt. Das Präsidium bittet das Parlament ihm einen Vorschlag zu unterbreiten und diesen abzustimmen. An dieses Votum wird sich das Präsidium auch gebunden fühlen.

B. Tobias Cepok fragt nach seinem Rederecht als Gast. Als Vertreter im Verwaltungsrat steht ihm dies – unabhängig von der Definition studentischer Amtsträger – laut Präsidium zu.

C. Tobias Cepok legt einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit im Verwaltungsrat ab:

Gemeinsam mit Katharina Volk (SDS) war er (BU) für die letzten 2 Jahre studentischer Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks. Der 3. Vertreter wird von der FH Fulda gestellt. Die Legislaturperiode endet jetzt.

Katharina Volk hat heute leider keine Zeit, ein schriftlicher Rechenschaftsbericht wird dem Präsidium aber noch nachgereicht. Rückfragen dazu sind selbstverständlich auch noch möglich.

Insgesamt lief in den vergangenen 2 Jahren sehr viel und es gab unterschiedliche Tätigkeitsbereiche, mit denen sie sich beschäftigt haben:

(1.) Allgemeine Tätigkeitsbereiche:

Sie waren - bis auf eine wegen einer Erkrankung - auf allen Vorstandssitzungen des Verwaltungsrats anwesend. Vor den Verwaltungsratssitzungen haben sie regelmäßig an AStA Sitzungen teilgenommen – mit Ausnahme der letzten, welches der spontanen Einladung zu verschulden war. Dort bestand aber ein Kontakt zum AStA über Marie Moos.

Zudem haben sie regelmäßig an den Personalratssitzungen teilgenommen und ständig mit diesem kooperiert.

Auch der Kontakt zum FRL war in letzter Zeit sehr intensiv.

Kontakt zur ASV war nur punktuell am Anfang ihrer Legislaturperiode – an der ein Runder Tisch mit dem Verwaltungsrat stattfand - vorhanden. Es besteht der Wunsch, diese Verbindung in Zukunft wieder zu intensivieren.

Im Studierendenparlament wurde über die aktuellen Fragen und Herausforderungen im Studentenwerk berichtet.

(2.) Studienfinanzierung:

Im Studentenwerk – und auch auf nationaler Ebene im Deutschen Studentenwerk – wurde eine Mehrheit dahingehend hergestellt, dass sich öffentlich gegen Studiengebühren

ausgesprochen wurde. Obwohl sich der Giessener Geschäftsführer – der sich als unpolitisch ansieht - nicht dazu äußern wollte, ist dies in der Presse nachzulesen. In persönlichen Gesprächen hat er sich allerdings immer für Studiengebühren ausgesprochen.

Der Vertrieb von KFW Krediten konnte nicht verhindert werden. Dies lag daran, dass die Mitarbeiter – die traditionell auf der Seite der Studierenden sind – darin eine zusätzliche Mehrarbeit für das Studentenwerk gesehen hat und Arbeitsplatzsicherung gewittert haben. Leider konnte somit keine Mehrheit gegen die KFW Kredite erreicht werden.

(3.) Ausbau der sozialen Dienste:

Dieser war sehr umstritten, was hauptsächlich mit der Problematik der Raumanfrage zu tun hatte. Erst jetzt durch die Renovierung konnte dies gelöst werden.

(4.) Wohnen:

Der Bau neuer Wohnheime wurde vorangetrieben und auch beschlossen. Allerdings ist der Wohnheimbau aktuell durch die Uni – die dort ein Mitspracherecht hat - gestoppt worden. Diese möchte abwarten und ein Gesamtkonzept für Phil I und Phil II entwickeln. Geplant ist unter anderem, dass hinter dem StuPa-Saal ein Wohnheim erreicht werden soll. Der Wohnheimbau ist aber nicht auf Gießen fokussiert sondern betrifft auch Friedberg. Nach langer Debatte wurde dem Kauf von Legoland zugestimmt. Dort wurde zunächst eine Vollversammlung abgehalten und eine Wohnheimratsgründung initiiert. Was die alten Mietverhältnisse angeht, bleiben diese zunächst unangetastet. Die üblichen Vorschriften des Studentenwerks gelten demnach erstmal nur für die neuen Mieter. Z.B. gibt es zur Zeit noch Sonderregelungen für Kleintierhaltung.

(5.) Engagement des Studentenwerks bzgl. der ehemaligen US-Kasernen:

Der Geschäftsführer hat bis jetzt lediglich eine sehr vage formulierte Absichtserklärung verlauten lassen, in diesem Bereich durch Gespräche tätig zu werden. Da er kein Interesse hat dort tätig zu werden und demnach eine Beschäftigung damit strikt ablehnte, ist er jetzt – auf drängen des Verwaltungsrats - zumindest für Gespräche offen. Tobias Cepok fragt sich, ob es dafür jetzt vielleicht schon zu spät ist.

(6.) Alternative Lebensmittel:

Hier war der Verwaltungsrat sehr erfolgreich. Die Einführung von Bionade als Bio-Produkt wurde massiv vorangetrieben. Auch die generelle Umstellung auf Fair-Trade Kaffee ist gelungen. Zwischenzeitlich gab es eine Phase, in der der Geschäftsführer überredet werden konnte, generell auf Öko-Produkte zurückgerufen. Aus ökonomischer Sicht hat sich dies aber nicht gelohnt und diese Bemühungen sind erstmal eingeschlafen. Tobias Cepok schlägt einen neuen Versuch der Öko-Woche vor und erwünscht sich in diesem Bereich Unterstützung des AStAs, insbesondere des Ökologiereferats.

(7.) Bau der Mensa:

In den Plänen wurde die Berücksichtigung von Barrierefreiheit und Kinderfreundlichkeit durchgesetzt. Allerdings ist der Bau der neuen Mensa ebenfalls wegen des erwünschten Gesamtkonzepts der Uni erstmal gestoppt. Eigentlich sollte die neu zu errichtende Mensa hinter der jetzigen Neue Mensa gebaut werden und diese abgerissen werden. Die Uni bevorzugt jetzt aber eine neue Mensa zwischen Phil I und Phil II auf dem ehemaligen Genmais-Feld. Dieser gesamte Prozess muss demnach neu diskutiert werden.

(8.) Kooperation mit dem Personalrat:

Als Erfolg zu verbuchen ist, dass kein 1-€-Jobber mehr eingestellt werden darf. Auch die Abschaffung von Leiharbeitern war erfolgreich.

Die Ausgründung einer GmbH konnte vorerst verhindert werden. Allerdings bezieht sich die Beschlusslage nur daraufhin, das die Geschäftsführer die Gründung einer GmbH im Bereich der Putzkräfte gegen die Einstellung neuer Putzkräfte aufrechnen möchte. Momentan werden die Putzkräfte von einer Fremdfirma gestellt, womit unter anderem eine Mehrwertsteuer bei der eigenen Tochtergesellschaft anfällt. Da sich das Studentenwerk in einer prekären Finanzlage befindet, sieht Tobias Cepok dort Einsparungsmöglichkeiten. Bis jetzt hat sich der Geschäftsführer dahingehend aber noch nicht geregigt. Tobias Cepok vermutet, dass bei der Rechnung herausgekommen ist, dass es günstiger sei die Putzkräfte wieder einzugliedern. Er weiß, dass die Ausgliederung bei anderen Studentenwerken schlecht gelaufen ist, woraufhin die Löhne gesenkt wurden. Es gibt sogar Fälle, bei denen es im Studentenwerk gar keine regulären Beschäftigten mehr gibt, da die das Tochterunternehmen alle Beschäftigten gefressen hat – natürlich jenseits von Tarifverträgen und rechtlich geltenden Schutzbestimmungen.

Mit dem Personalrat wurde immer gut zusammengearbeitet, was auch viel mit den Mehrheitsverhältnissen dort zu tun hatte. Diese haben sich jetzt leider von einer sozialdemokratischen Tendenz zu unseren Ungunsten verändert.

(9.) Tarifvertrag:

Die Tarifverhandlungen stehen noch aus. Die Geschäftsführer die hessischen Studentenwerke wollen keine Haustarifverträge abschließen. Dies wäre aber nach Tobias Cepok in unserem Sinne. Er vermutet, dass sich dort in den nächsten 2 Jahren viel tun wird und schlägt einen engen Kontakt zu ver.di vor. Es stehen Arbeitskämpfe an.

(10.) Kooperation mit dem AStA:

Diese ist sehr unterschiedlich in einem Verhältnis wie von Schwarz zu Weiß zu bewerten.

Am Anfang der Legislaturperiode war diese mit Erkan Ertan so gut wie nicht möglich und fand nicht statt. Aus Tobias Cepoks Sicht lag dies allerdings nicht an ihnen, sondern an Erkan Ertan, bei dem aus ihrer Sicht weder Interesse noch die Fähigkeit zur Kooperation bestand. Die Kooperation mit Marie Moos war möglich und durchweg gut.

Die Kooperation mit dem FLR war sehr gut. Es gab einen neuen Anlauf zur Umbenennung des Otto-Eger-Heims. Dies geschieht fluktuierend alle paar Jahre. Als Resultat ist zu berichten, dass es jetzt einen Historiker gibt, der eine umfassende Abschlussarbeit zum Leben und Wirken von Otto Eger erstellt.

Schon vor Jahren gab es darüber Debatten im Studentenwerk, wo sich die Mehrheit entschieden hatte, den Namen beizubehalten. Ach dieses Mal bleibt der Name bestehen. Das FLR hatte sich sehr darum bemüht, das Otto-Eger-Heim nach einer Frau umzubenennen. Alternativ laufen die Bemühungen, das Anglistikgebäude nach einer Frau zu benennen.

(11.) Satzung und Struktur des Studentenwerks:

Es gab eine Novellierung des Studentenwerk Gesetzes, in dem auch die studentischen Mitspracherechte reduziert wurden. Es war erforderlich, daraufhin einer neue Satzung zu erlassen. In dieser wurden essentielle Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studenten gerettet, z.B. das suspensive Vetorecht für strukturelle Entscheidungen.

Trotz der Erweiterung der eigenen Rechtsgrundlage hat das Studentenwerk sich nicht kulturell betätigt. Tobias Cepok ist der Ansicht, dass die studentische Kultur die ureigenste Aufgabe des AStAs sei und das Studentenwerk dort nicht tätig werden solle. Der Druck hat sich allerdings im letzten halben Jahr erhöht, da der AStA nicht aktiv wurde. Tobias Cepok fragt

sich, warum ökonomische Ressourcen verfallen gelassen werden sollten. Er ist fassungslos, wie der AStA auf die Wahrnehmung seiner ureigensten Aufgaben im kulturellen Bereich verzichten kann.

(12.) Bundesebene:

Gießen ist in dem Studierendenrat des Deutschen Studentenwerkes mit Sitz und Stimme vertreten. Im DSW herrscht allerdings eine sozial-liberale Mehrheit, welche auch die gesamte Legislaturperiode erhalten blieb. Rolf Dobischat wurde zum Präsidenten gewählt.

Die Erhöhung von BAföG wurde vorangetrieben. Auch hat sich der Studierendenrat gegen Leiharbeit gestellt. Eine Position gegen Outsourcing konnte auf Bundesebene allerdings nicht erreicht werden. Darauf ist massiv hinzuwirken.

(13.) Zukunft und finanzielle Konsolidierung:

Das Studentenwerk soll wieder handlungsfähig werden. Deshalb sollte das Legoland auch nicht in private Hand gegeben werden. Es gibt Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Studentenwerkes Gießen mit dem Land Hessen, in dem finanzielle Zuwendungen auf 5 Jahre festgeschrieben wurden. Zudem wurde dort festgelegt, dass die Barrierefreiheit weiter vorangetrieben werden muss.

Die Mehrheit im Personalrat hat sich leider dahingehend geändert, dass die Mehrheit dem Geschäftsführer zugeneigt ist. Dies bedeutet einen schweren Stand für die Nachfolger.

Das Problem des Outsourcings wird wieder auftauchen.

Der Verwaltungsrat hat gerade dem Bau einer KiTa zugestimmt, was mit Hilfe des AStAs positiv beschieden wurde.

Im Verwaltungsrat ist man zur Verschwiegenheit verpflichtet. Eigentlich darf Tobias Cepok dem AStA nichts berichten. Es handelt sich dabei um eine schmale Gradwanderung zwischen Wahrung des Gebotes und einer größtmöglichen Öffentlichkeit. Der Geschäftsführer hat die studentischen Vertreter deswegen bereits gerügt. Tobias Cepok sieht allerdings die Pflicht der Nachfolgerinnen und Nachfolger, diese Praxis fortzuführen.

Es wurde auch ein Hinterziehungsskandal aufgedeckt. Ein Mitarbeiter hat von 1998 bis 2006 in der Buchhaltung kleinere Beträge (im Bereich von wenigen Cent oder Euros) auf sein eigenes Konto überwiesen. Dies ist in den Rechnungsprüfungen nicht aufgefallen. Erst später hat er sich auch größerer Beträge bedient, wodurch der Vorfall entdeckt wurde. Die 150.000 € (+ X) sind weg. Es wurde sofort ein Versäumnis des Geschäftsführers gewittert. Auf die Initiative der studentischen Vertreter hin wurde dieses Thema in die Öffentlichkeit getragen, was zu einer breiten Diskussion und der Offenlegung aller Akten führte. Der Geschäftsführer wusste im Ergebnis von nichts. Der strafrechtlich verfolgte Kollege hat den Freitod gewählt, was vom Verwaltungsrat bedauert wurde.

Dennoch hatte dies eine Veränderung in der internen Revision im Bereich der Überprüfung der Buchhaltung zur Folge. Es wurde ein zusätzlicher Innenrevisor eingestellt, womit das 4-Augen-Prinzip jetzt überall durchsetzbar ist.

Insgesamt bewertet Tobias Cepok seine Legislaturperiode als durchaus erfolgreich. Auch wenn es eine stetige Politik der kleinen Schritte war. Er steht für Fragen offen.

D. Der Präsident eröffnet die Redeliste.

Erkan Ertan möchte anmerken, dass selektive Wahrnehmung wohl nicht nur bei Kindern herrsche. Auch er hätte sich mehr Kooperation gewünscht aber keinen der beiden Vertreter ansprechen können. Der AStA sei nicht der 1. Platz gewesen, wo man die Vertreter des

Verwaltungsrats angetroffen hätte. Überall dort, wo der AStA beteiligt wurde, war dies sehr kurzfristig geschehen. Erkan Ertan hatte aber wo es möglich war versucht, sich in die Entscheidungsfindung einzuklinken.

Zum Thema Ökologie möchte er Tobias Cepok darauf hinweisen, dass dieser wohl nicht auf dem neusten Stand sei. Seit über einem halben Jahr gebe es dafür einen Sachbearbeiter namens Sebastian Weidner. Dieser arbeite mindestens soviel wie ein Referent und decke diesen Bereich bestmöglich ab.

Nathalie Meyer bedankt sich für die gute Arbeit der studentischen Vertreter im Verwaltungsrat. Sie beurteilt die Arbeit der Vertreter für die Zeit, wo die DL noch im AStA beteiligt war, also sehr konstruktiv und hat die Vertreter auch als immer ansprechbar erlebt. Sie hofft, dass die Nachfolger ähnlich gute Arbeit leisten werden und wünscht alles Gute.

Eric Baumann fragt nach der Begründung des Kaufes vom Legoland.

Tobias Cepok erläutert, dass der Besitzer das Legoland veräußern wollte. Dieser unterlag vertraglichen Bindungen bis 2021 betreffend der Mietpreisfestsetzung. Diese wären auch bestehen geblieben, wenn ein Privater das Legoland gekauft hätte. Allerdings gilt dies nicht für das Studentenwerk. Momentan verändert sich daran aber erstmal nichts, obwohl die Möglichkeit besteht. Es wurde eine Vollversammlung im Legoland abgehalten um dieses Problem zu besprechen. Und erst nachdem der AStA dem Kauf zugestimmt hatte, entschieden sich die studentischen Vertreter des Verwaltungsrats auch dahingehend. Problematisch war die politische Alternative gewesen, wenn das Legoland an einen Privaten gegangen wäre. Es gab z.B. einen privaten Gegeninvestor der Euro Investment GmbH aus Duisburg. Diese waren auch zur Vollversammlung im Legoland eingeladen, erschienen jedoch nicht. Tobias Cepok bewertet den Kauf als sinnvoll, da so zumindest teilweise die studentische und demokratische Kontrolle herrscht.

Eric Baumann fragt nach dem offiziellen Kaufpreis.

Tobias Cepok weist darauf hin, dass er zu Stillschweigen verpflichtet sei.

Nachdem keine weiteren Fragen bestehen bedankt sich das Präsidium für die gute Arbeit und wünscht viel Erfolg und eine gute Zukunft.

E. Das Präsidium fordert zu Vorschlägen für die Nachwahl auf.

Florian Hartmann schlägt Alexander Busam vor, da er diesen in der Fachschaftsarbeit immer als Mensch wahrgenommen hat, der den sozialen Problemen der Studies sehr offen gegenübersteht. Auch in seiner Arbeit als autonomer Referent hat sich dieser Eindruck bestätigt. Sein Einsatz für Barrierefreiheit an der Uni kann nur als vorbildlich bezeichnet werden. Auch die Anträge in der ZVK seien hier zu erwähnen, da es sich bei Alexander Busam um einen der wenigen Studenten handelt, die sich dahingehend Gedanken gemacht haben. Im Studentenwerk wurde eine Ziel- und Leistungsvereinbarung getroffen, in der die Barrierefreiheit eine große Rolle spielen werde. Mit der Kompetenz, die sich Alexander Busam angeeignet hat, sieht Florian Hartmann in ihm die ideelle Person für den Posten im Verwaltungsrat.

Samira Bouchouaf schlägt Marie Moos vor. Tobias Cepok habe bereits angerissen, wie engagiert diese bislang in diesem Gebiet gearbeitet habe. In dem Amt des studentischen Vertreters im Verwaltungsrats hätte sie die Möglichkeit, sich dort weiterhin zu engagieren.

Johannes Minet schlägt Edin Muharemovic vor. Da ja bereits angesprochen wurde dass die Zusammenarbeit mit der ASV letztlich eher schlecht lief und er Edin Muharemovic für sehr kompetent hält, fände er es schade, wenn dieser keine Berücksichtigung finden würde.

Alexander Vasil fragt, ob die Vorgeschlagenen den Vorschlag annehmen.
Alexander Busam, Edin Muharemovic und Marie Moos nehmen alle 3 dankend an.

Florian Hartmann bittet um eine Vorstellungsrunde.

Edin Muharemovic meint, dass die meisten ihn wohl noch kennen. Er war 3 mal ASV Vertreter und jahrelanges StuPa-Mitglied. Auf die Hauptinhalte der ASV wolle er im Studentenwerks-Verwaltungsrat ein besonderes Augenmerk werfen. Er ist der Meinung, dass die ASV zu dem vorher angesprochenen runden Tisch niemals eingeladen wurde. Er dankt für die Nominierung.

Marie Moos erklärt, dass sie sich als ehemalige Referentin für Wohnen und Soziales besonders für diese Thematik interessiert.

Alexander Busam erklärt, dass er seit 4 Semester Sozialwissenschaften studiere. Früher war er AStA Referent für Öffentlichkeitsarbeit und jetzt ABeR Referent. Er sei gefragt worden, ob er den Posten übernehmen wolle. Nachdem er längere Zeit darüber nachdenken musste, hat er sich letztendlich dazu entschlossen. Nicht nur weil er ABeR Referent sei und in dem Bereich der Barrierefreiheit Handlungsbedarf sehe. Z.B. habe er gerade nachgelesen, dass es nur 2 barrierefreie Wohnheimplätze in Gießen gebe. Zudem sei er seit 14 Jahren in der Gewerkschaft und würde sich für Arbeitnehmerrechte einsetzen. Er erläutert seine Haltung gegen die Fortführung von Privatisierung.

Johannes Minet fragt, ob alle 3 Kandidaten noch 2 Jahre an der Uni seien.
Alle 3 beantworten dies mit Ja.

Zwischenruf von Alexander Vasil: Langzeitstudenten?!?

Johannes Minet fragt, ob amtierende AStA Referenten in den Verwaltungsrat gewählt werden können oder ob es eine Ausschlussklausel gebe.

Der Präsident erklärt, dass dies seines Wissens nicht der Fall sei.
Tobias Cepok erwähnt, dass Franco Jardella auch als WoSo Referent in den Verwaltungsrat gewählt wurde und Überschneidungen demnach möglich seien.

Nathalie Meyer fragt nach der politischen Position von den Kandidaten und will wissen, wie sie zu den angeschnittenen Themen stehen. Insbesondere interessiert sie die Frage nach der Studienfinanzierung und der Geschlechtergleichstellung.

Marie macht deutlich, dass sie gegen jegliche Privatisierung und gegen 1-€Jobs ist. Ihr Hauptanliegen ist derzeit der Aufbau der Kindertagesstätte, da sie in der Vergangenheit auch zu diesem Thema gearbeitet hat.

Edin Muharemovic möchte die Entscheidungen der Geschäftsführung kritisch betrachten. Diese seien nicht transparent. Vorher lebten 50 % ausländische Studenten in den Wohnheimen. Dies hat sich jetzt geändert. Allerdings verfüge er noch über keine Akten, da ja die Verpflichtung zum Stillschweigen bestehen würde. Erst dann könne er sich konkret auf

die aufgeworfenen Fragen beziehen. Natürlich möchte er auch eng mit AStA und StuPa zusammenarbeiten und sie in alle Entscheidungen involvieren. Er begründet dies damit, dass gemeinsam und mit breiter Unterstützung mehr erreicht werden könne. Es solle natürlich nicht der Eindruck entstehen, er werde sich nur um die Belange der ASV kümmern. Er möchte sich für alle Studenten einsetzen. Auch im Personalrat. Dort möchte er Gespräche führen und Leute anhören und entsprechen reagieren.

Alexander Vasil moniert, dass Edin Muharemovic die Frage nach der Privatisierung, den Errungenschaften zum 1-€Job-Verbot, der Kontraststellung zur Leiharbeit und den emanzipatorischen Ansätzen im Studentenwerk nicht beantwortet habe. Edin Muharemovic möchte die Interessen der Studies wahren. Er ist gegen die 1 €Jobs. Früher waren auch viele Studenten beim Studentenwerk tätig, die alle ihren Job verloren haben. Diese waren auf das Geld angewiesen. Bereits früher habe er sich kritisch dahingehend geäußert, dass die Sozialberatung auch gleichzeitig für die Studiendarlehen verantwortlich sei. Zu den anderen Fragen könne er mangels fehlender Unterlagen nicht konkreter Stellung beziehen.

F. Das Präsidium unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Der Präsident erklärt, dass auf den Wahlzetteln 2 x mit Ja gestimmt werden könne.

G. Wahlen zu den studentischen Vertretern im Verwaltungsrat:
Es wurden 24 Stimmen abgegeben, davon waren alle 24 gültig.

Abstimmung Edin Muharemovic: 17 x Ja
 6 x Nein
 1 x Enthaltung

Abstimmung Marie Moos: 19 x Ja
 2 x Nein
 3 x Enthaltung

Abstimmung Alexander Busam: 7 x Ja
 11 x Nein
 6 x Enthaltung

Der Präsident erklärt, dass mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen Edin Muharemovic und Marie Moos gewählt wurden und fragt beide, ob sie die Wahl annehmen.

Marie Moos nimmt die Wahl an.

Edin Muharemovic nimmt die Wahl an.

Er will sich noch mal herzlich für die breite Unterstützung bedanken. Zudem weist er darauf hin, dass er sich sehr für die Barrierefreiheit einsetzen wolle.

Das Präsidium wird diesen Vorschlag entsprechend § 5 V Satz 3 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen weiterleiten.

TOP 7: Wahl des Wahlausschusses der Studierendenschaft

A. Der Präsident erklärt, dass am Horizont die nächsten Wahlen erscheinen. Deshalb sind wir bereits etwas spät dran mit dem Wahlausschuss. Dieser muss heute zustande kommen und sich auch zeitnah treffen, um dann mit der hoffentlich gültigen Wahlordnung zu arbeiten und die Wahlen durchzuführen und zu überprüfen.

Bis jetzt wurden die Ausschüsse sehr kollegial besetzt, so dass jede Liste jemanden schicken kann. Gemeinsam könne dann eine Liste erstellt werden, die per Akklamation bestätigt wird. Der Präsident hält dieses Vorgehen auch hier für sachdienlich.

Alexander Vasil erklärt, dass BU mit N.N. antreten möchte, da die Kandidaten von BU nicht anwesend sind.

Der Präsident weist darauf hin, dass Ausschusswahlen eigentlich Personenwahlen seien.

Alexander Vasil fragt nach der gesetzlichen Regelung und ob man noch nach nominieren könne, wenn jemand doch noch zurückträte.

Antonia Capito findet dieses Vorgehen auch sinnvoll, da die nächste StuPa-Sitzung auch bereits am 05.11.2008 sei.

Der Präsident meint, dass er auch zwischenzeitlich ein Ausschusstreffen gut fänden würde.

B. Der Präsident bittet um Vorschläge.

ASG: nicht anwesend.

BU: Julia Heidenreich.

DEZ: nicht anwesend.

DL: Ferdinand Ihringer

Jusos: Mario Schauss Jansen

LHG: niemand.

RCDS: Christian Rickes. (Anmerkung des Präsidiums: Rücktritt vom Ältestenrat.)

SDS: niemand.

SZ-ZG: niemand. Würde aber gerne nach nominieren.

Uni-Grün: niemand. Würde aber gerne nach nominieren.

Spiderpig: niemand.

Der Präsident verliest die Liste noch mal.

Der Präsident bittet Patrick Voyé um Ruhe.

C. Abstimmung: → Einstimmig angenommen.

D. Der Präsident bittet darum die soweit nicht vorhandenen Kontaktdaten noch beim Präsidium abzuliefern, damit sie demnächst eingeladen werden könnten.

TOP 8: Wahl zum Allgemeinen Studierendenausschuss

A. Der Präsident berichtet, dass das WoSo Referat vakant ist.

Auch die FSK hat nachnominert, ist aber heute nicht anwesend, demnach auch nicht wählbar.

B. Patrick Voyé fragt, ob die FSK einen Vorschlag gemacht hat.

Der Präsident bejaht dies.

Patrick Voyé möchte wissen, ob das Stupa – vorbehaltlich dass der neue FSK Referent im Protokoll genannt ist – darüber abstimmen kann, damit die Arbeit anfangen kann.

Der Präsident schlägt vor, sich an das formelle Verfahren zu halten, insbesondere da die nächste StuPa Sitzung ja schon bald statt finden wird.

C. Der Präsident bittet um Vorschläge für das WoSo Referat.

Erkan Ertan schlägt Immanuel Fick vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Immanuel Fick stellt sich vor. Er hat ein Paper vorbereitet, dass dem Präsidium vorliegt. Immanuel Fick studiert Jura und Soziologie, war auch vorher schon AStA Referent und Sachbearbeiter mit dem Schwerpunkt Studiengebühren. Da Marie Moos leider zurückgetreten ist würde er gerne ihre Nachfolge übernehmen. Das Paper ist größtenteils von Marie Moos übernommen, da wir uns ja momentan mitten in einer Legislaturperiode befinden und das Rad nicht neu erfunden werden soll. Außerdem findet er das Paper gut und möchte es weiterführen.

Zudem berichtet er, dass es auch schon einen zusätzlich vom AStA gewählten Sachbearbeiter gibt.

Das Präsidium unterbricht die Sitzung für 5 Minuten zwecks Lesepause.

Immanuel Fick führt noch zu den unklaren Punkten des Paper aus:

1.) Der Wohnheimmarkt soll weiter ausgeweitet werden. Durch die Übernahme des Legolands durch das Studentenwerk wurden keine neuen Plätze geschaffen. Er fordert die Pflicht, neue Plätze zu schaffen. Z.B. im Unterhof 41. Dieser wird demnächst frei und das Studentenwerk hat auch schon dahingehend Interesse bekundet.

Interessant findet er auch das Projekt der frei werdenden ehemaligen US Kasernen. Dort soll seiner Meinung nach neuer Wohnraum zu fairen Preisen für Studies geschaffen werden. In den Wohnheimen sollen für mehr Gesellschaftsleben Gemeinschaftsräume eingerichtet werden.

2.) Für die Wohnheimräte soll jeweils eine Vollversammlung einberufen werden. Er möchte diese initiieren und dann Empfehlungen abgeben. Diese sollen dazu dienen, einen direkten Ansprechpartner für den AStA und den Verwaltungsrat zu haben, um Missstände schneller kommunizieren zu können. Dieselbe Idee betrifft auch den einzurichtenden Kummerkasten.

3.) Der Solifond steht seit gestern. Er möchte dafür der Ansprechpartner im AStA sein.

Alexander Vasil fragt nach, wen sie eigentlich wählen sollen. Über dem Paper stehen nämlich 2 Namen. Bei dem Nachnamen von dem einen kommen ihm gewisse Assoziationen auf. Er weiß gar nicht, was hier gewählt wird.

Der Präsident weist darauf hin, dass zur Wahl zum AStA Referenten nur 1 Person steht.

Immanuel Fick erklärt, dass nur er Referent wird. Andreas Schaper ist als Sachbearbeiter vom AStA für den WoSo Bereich gewählt. Mit dem Paper soll präsentiert werden, wie sie sich die gemeinsame Arbeit vorstellen.

Andreas Schaper erklärt, dass es sich dabei um das Prinzip der Arbeitsteilung handele.

Nathalie Meyer hat mehrere Fragen bezüglich Immanuel Ficks Person:

1.) ... ob er das erforderliche Know-How für die Sozialberatung hat

2.) ... wer die Sprechstunde / Sachbearbeitung für die Studiengebühren weiterführt

3.) ... was er für die Arbeitsbedingungen an der Uni zu tun gedenkt, vor allem im Bezug auf die Hiwi-Ini.

4.) ... welche Praxis es zu der Einstellung von Sachbearbeitern im AStA gibt. Sie weiß, dass dem AStA die Befugnis zur Einstellung von Sachbearbeitern zusteht. Aber ihrer Meinung nach betraf dies Themengebiete die innerhalb von 3 Monaten bearbeitet werden sollten. Eine Sachbearbeitung sei eben nicht das gleiche wie ein Referat. Sie fragt sich, nach welchen Kriterien entschieden wird, wann ein Referat oder eine Sachbearbeitung besetzt wird. Zudem findet sie es undemokratisch wenn man einfach nur mal so nebenbei gesagt bekommt, dass jemand als Sachbearbeiter eingestellt wurde. Außerdem fände sie es gut, wenn die Sachbearbeiter sich mal vorstellen würden und gegebenenfalls anfallende Fragen beantwortet werden könnten.

Immanuel Fick antwortet:

1.) Er erklärt, dass er seit fast 3 Jahren eine Studiengebühren Sprechstunde hält und somit schon von einem anderen Gebiet damit vertraut ist, wie man mit sensiblen Themen umgeht. Das heißt zwar nicht automatisch dass er die Qualifikation für das WoSo Referat besitzt.

Allerdings studiert er auch Jura und sitzt über ein gewisses Grundwissen. In den BAföG Bereich müsse er sich aber auf jeden Fall einarbeiten, da er dort nur basale Kenntnisse habe.

2.) Die Sachbearbeitung für die Studiengebühren endet mit diesem Monat. Diese in Form einer Sprechstunde weiterzuführen macht keinen Sinn. Am Anfang des Monats gab es noch mal 5 bis 10 Leute, die Probleme wegen ihren Rückmeldungen hatten. Es spricht aus seiner Sicht nichts dagegen, die Studiengebührenberatung in die Sozialsprechstunde einzubeziehen.

3.) Er ist selbst GEW Mitglied, hat sich auch mit der Hiwi-Ini beschäftigt und ist mit dem Thema vertraut. Zudem bleibt Marie Moos weiter am Ball, mit ihr könne er sich kurzschließen.

Johannes Minet zu 4.):

Die Praxis der Einstellung von Sachbearbeitern ist, dass dies dem StuPa mitgeteilt wird. Wie im Fall von Sebastian Weidner auch.

Natalie Meyer kritisiert daran, dass dies wohl auch nur auf Nachfrage geschehen würde.

Johannes Minet erläutert, dass das WoSo Referat sehr wichtig ist und der Übergang, in dem die beiden neuen eingearbeitet werden müssten, harmonisch verlaufen solle. Deshalb sei eine zusätzliche halbe Stelle für WoSo eingerichtet worden. Darüber hinaus beliebe es dem AStA mit den Sachbearbeiter zu machen was er wolle, da dies im Jahresbudget enthalten sei.

Alexander Vasil fragt nach dem Vorstand des Solifonds und ob da nicht AStA Mitglieder drin sitzen müssen.

Immanuel Fick weiß, dass AStA Mitglieder im Vorstand sitzen.

Alexander Vasil hat in dem Paper gelesen, dass der Solifond als wichtiger Teil des Referats beschrieben wird. Er könne sich vorstellen, dass Immanuel qua Amt diesen Vorstandsposten übernehmen würde.

Immanuel Fick verneint dies. Aber er als Person wird dem Verein beitreten. Das heißt aber nicht automatisch, dass der AStA dadurch den Vorsitz erhält. So ist das nicht gedacht.

Alexander Vasil merkt an, dass es sich dabei aber um einen Verein mit erheblichen Mittelzuweisungen handele.

Immanuel Fick möchte auf jeden Fall für den Solifond werben und ihn in die Studentenschaft hineintragen.

Johannes Minet erklärt, dass der einzige AStA Referent, der qua Amt im Solifond-Vorstand ist, der Finanzreferent ist. Alle anderen würden auf der Mitgliederversammlung gewählt. Die Anträge würden durch 2 Vorstandsmitglieder bearbeitet.

Florian Hartmann fragt auch noch mal nach der genauen Rolle der Sachbearbeiter. Er möchte etwas über die genaue Arbeitsteilung wissen. Der Sachbearbeiterposten sei ja immerhin neu, obwohl Marie Moos sich auch neu in das Referat einarbeiten musste. Dass ein harmonischer Übergang wünschenswert ist versteht er. Die Sachbearbeitung würde ja auch nur 1 Semester laufen und er fände es ja auch toll wenn sich Leute engagieren wollen. Er möchte von dem neuen Sachbearbeiter aber gerne wissen, ob er schon Erfahrung in der Sozialberatung, z.B. durch seine Zivi Zeit oder so hat. Genauer interessiert ihn, mit welchen Sachen sich der Sachbearbeiter beschäftigen wird und welche Vorerfahrung und Kompetenzen er hat.

Andreas Schaper erklärt, dass er 1,5 Jahre in der Landesschülervertretung aktiv war und somit mit Inetressenvertretungsarbeit bereits vertraut sei. Seinen Zivildienst habe er bei der AWO geleistet, wo er sich mit chronisch Süchtigen und anderweitig sozial benachteiligten Menschen und ihrer Eingliederung in die Gesellschaft beschäftigt habe und in einem Seniorenzentrum. Zudem kenne er auch die Strukturen der AWO in Gießen sehr gut, z.B. die Kindergärten was ja auch sehr wichtig für den Themenbereich Studieren mit Kind sein könnte. Zu den anderen Themenbereichen erklärt er, dass diese maßgeblich alle mit Immanuel Fick zusammen bearbeitet werden und er ja auch noch eingearbeitet werden müsse. Die Sozialberatung werden sie halbwegs aufteilen und entsprechend vorbereiten. Ansonsten wünscht er sich, dass sie möglichst alles gemeinsam machen. Schlichte Verwaltungsarbeit lasse sich so auch besser und schneller abhandeln.

Der Präsident weist darauf hin, dass nur Immanuel Fick zur Wahl und damit auch zur Debatte steht. Andreas Schaper als Sachbearbeiter sei nur zum Vorstellen hier, als Person stehe er nicht zur Debatte.

Nathalie Meyer möchte wissen welchen Grund es gibt, dass Andreas Schaper Sachbearbeiter und nicht Referent wird.

Immanuel Fick ist der Meinung, dass dies zu dem TOP Fragen an die Amtsträger gehört. Und wenn derartige Fragen am StuPa vorbei entschieden werden würden, dann würden er und Andreas Schaper jetzt nicht hier stehen.

Nathalie Meyer versteht die inhaltliche Trennung nicht, wo sich die Arbeitsgebiete unterscheiden würden.

Erkan Ertan weist Nathalie Meyer darauf hin, dass sie die Strukturen im AStA doch kennen würde und er deshalb diese Diskussion unsinnig fände. Vor allem würde dies alles nicht in die Vorstellung vom Immanuel Fick passen. Sondern zu den Fragen an die Studentischen Amtsträger. Dort solle sie die Frage noch mal stellen.

Nathalie Meyer zieht die Frage zurück.

Antonia Capito möchte wissen, wie die Stellen aufgeteilt sind.

Immanuel Fick erklärt, dass er eine ganze und Andreas Schaper eine halbe Stelle habe.

Dem Präsidium gehen keine weiteren Vorschläge zu.

D. Da der Präsident dachte, dass die FSK anwesend sein würde, hatte er bereits Wahlzettel vorbereitet. Zur allgemeinen Umweltschonung und Arbeitserleichterung würde er diese Zettel gerne noch mal verwenden.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

E. Wahl zum WoSo Referat:

Es wurden 24 von 24 gültigen Stimmzetteln abgegeben.

Abstimmung zu Immanuel Fick: 17 x Ja
 6 x Nein
 1 x Enthaltung
 → Immanuel Fick ist gewählt.

Der Präsident fragt ob er die Wahl annehme. Immanuel Fick nimmt die Wahl an.

TOP 9: 1. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft

A. Der Präsident hatte den Vorschlag zur Änderung der Wahlordnung bereits rumgeschickt und auch schon mit einer Begründung versehen.

Kadir Kara verlässt die Sitzung um 23:23 Uhr. Es sind nur noch 23 Mitglieder anwesend.

Der Präsident erläutert, dass die Wahlordnung der Universität am 25. Juni 2008 durch die Uni geändert wurde, wodurch unter anderem die Stimmbezirke aufgelöst wurden. Jeder Studierende könne jetzt jederzeit überall wählen, was durch PC Einsatz ermöglicht werden solle. Diese marginalen Änderungen sollen auch für die Wahlen zum StuPa nachvollzogen werden um uns an die Wahlordnung der JLU anzupassen.

Zwischenruf von Alexander Vasil: „Ich habe gerade den neu gewählten WoSo Referenten auf einem Foto im Giessener Express gesehen, wo er mit einer Fahne auf einer illegalen Autobahnblockade rumrennt.“

Immanuel Fick streitet dies ab.

Der Präsident fragt nach weiterem Redebedarf zur Wahlordnung.

Alexander Vasil erläutert, dass sie das gut finden.

Der Präsident findet dies herrlich.

Johannes Minet will wissen, wer „sie“ sind.

Der Präsident möchte zur Abstimmung schreiten, um die Wahlordnung dann in die 2. Lesung zu überreichen.

B. Abstimmung: → Der Antrag einstimmig angenommen und in die 2. Lesung überwiesen.

TOP 10: Mitteilungen studentischer Amtsträgerinnen und Amtsträger

Johannes Minet erklärt, dass fast von allen Referenten ein schriftlicher Rechenschaftsbericht vorliegt. Nur seiner fehlt. Allerdings würde sich seine Aufgabe bereits aus dem Namen des Referats ergeben.

Alexander Busam möchte einen kleinen Abriss über die Tätigkeit des ABER geben.

Unter anderem gibt es jetzt mittlerweile eine Homepage, die unter www.aber-giessen.de zu erreichen ist. Dort stellt das ABER auch seine Arbeit vor. Außerdem wurden StudentInnen und DozentInnen Broschüren herausgebracht und verteilt. In der ZVK wurden Anträge bis 1,5 Millionen € zum Barrierefreien Ausbau der Uni gestellt. Zudem ist das ABER im Gespräch mit dem Präsidium zwecks Barrierefreiheit.

Zudem engagiert er sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Es gibt keine direkten Nachfragen.

TOP 11: Fragen an studentische Amtsträgerinnen und Amtsträger

Florian Hartmann möchte Marie Moos für ihre Arbeit als WoSo Referentin danken. Er fand, dass sie ihre Arbeit sehr gut gemacht hat. Deshalb möchte er auch wissen, warum sie zurückgetreten ist. Dies war für ihn sehr überraschend.

Marie Moos antwortet ihm, dass sie aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist.

Nathalie Meyer möchte 1.) wissen, welche Praxis es im AStA bei der Besetzung von Sachbearbeitern gibt. Wo die Trennlinie zwischen Referat und Sachbearbeitung gezogen wird. Wo genau die Trennlinie in dem WoSo Referat jetzt sein wird. Sie findet es undemokratisch wenn dem StuPa diese Besetzung einfach nur mitgeteilt wird. Außerdem möchte sie 2.) wissen, was es mit der Erstiparty gab. Ob es eine Sachbearbeitung dafür hab, da es ja keinen Kulturreferenten des AStAs gibt.

Erkan Ertan antwortet zu 1.), dass zwecks einer schnellen Einarbeitung und einer schneller Weiterführung der Arbeit in der nur noch kurzen Legislaturperiode die Besetzung des WoSo Referats sinnvoll sei. Wenn die Wahlen glücklich verliefen, könnten sie auch dann noch weiterarbeiten. Ziel ist es, eine gute Arbeit im AStA zu erhalten.

Johannes Minet antwortet zu 2.), dass es einen Werkvertrag für die Ersti-Party gab.

Samira Bouchouaf antwortet zu 1.), dass die Sachbearbeitung für WoSo der Andreas Schaper übernehmen würde und dieser ja erst im 1. Semester sei. Der Immanuel Fick hingegen sei ja schon ein alter Hase. Da hätte sie es als sinnvoll gesehen, dass Andreas Schaper mit seinem großen Interesse in den AStA geholt würde, ihm aber erstmal minimal politische Verantwortung übertragen würde und ihm dem Immanuel Fick an die Hand gegeben würde. So könne er optimal eingearbeitet werden und später irgendwann das Referat komplett übernehmen, wenn er dies denn möchte.

Bei der Sachbearbeitung handele es sich um die Abdeckung bestimmter Arbeitsgebiete und nicht um Themengebiete, obwohl es dabei natürlich Überschneidungen gebe. Alle Sachbearbeiter müssten ihre Arbeit immer mit kompletter Rücksprache mit dem AStA ausführen. Einem Referenten würde in seinem Ressort doch eine gewisse Freiheit zustehen. Samira Bouchouaf tut es im Namen ihrer Liste leid, dass die Sachbearbeiter hier noch nicht vorstellig wurden. Bei Sebastian Weidner ist eben das Problem, dass er kein Auto hat und so spät nicht mehr nach Hause kommt. Dieser wird aber einen vollumfänglichen Rechenschaftsbericht nachreichen, auch mit einer Vorschau auf die Zukunft. Dazu ist er zwar nicht verpflichtet, jedoch hat sich der AStA im Rahmen der Transparenz dies dahingehend selbst zum Anspruch genommen.

Alexander Vasil fragt, wer im Moment im AStA zuständig für die Einberufung von Vollversammlungen zuständig ist.

Erkan Ertan antwortet, dass der AStA dies als Kollektiv wäre.

Alexander Vasil fragt nach, ob denn demnächst eine Vollversammlung geplant ist. Und ob diese denn besser werden soll wie die letzte. Und wenn eine geplant ist, wann diese stattfinden wird. Zudem möchte er wissen, wie die Öffnung von Planung und Durchführung der Vollversammlung durch die Studies sichergestellt werden soll.

Samira Bouchouaf antwortet, dass die nächste konkrete Planung vor allem die Wahl-Vollversammlung betreffe. Da würden sie zu ihrem Wort stehen, dass alle anderen Listen und Gruppen mit einbezogen werden sollten. Auch wie traditionellerweise sollten alle Listen die Möglichkeit erhalten, sich vorzustellen. Natürlich würden die Listen auch zu den Vortreffen herzlichst eingeladen werden, bei denen dann in einem Brainstorming alles aufgezo- gen und beworben werden würde. Gemeinsam mit den Koalitionspartnern hätte man sich darauf geeinigt, dass der AStA unabhängig von den Listen die in der Koalition vertreten ist, alle im StuPa vertretenen Listen einbeziehen wolle, also bezüglich Ständen, Flyern und Plakaten. Bis zur nächsten StuPa Sitzung wäre ein Plan vorbereitet der dann vorgestellt würde.

Erkan Ertan weist darauf hin, dass sie sich in der letzten Zeit erstmal um die Einführungswoche und die Ersti Party kümmern mussten. Dann würde es jetzt mal los gehen. Auch die HHG Novellierung sei interessant, auf die sich auch noch vorbereiten wollten.

Alexander Vasil meint, dass er ja jetzt nicht feindlich sein will. Es ginge ihm nur darum, dass es mal wieder eine gute Vollversammlung mit einer regen Beteiligung geben solle. Deshalb wolle er wissen, wie viele Wochen vor der Vollversammlung der öffentliche Prozess gestartet werden solle.

Samira Bouchouaf unterstellt Alexander Vasil keine Feindseligkeit. Man müsse aber auch objektiv an dieses Thema herangehen können. Und Objektivität in diesem Falle ist nicht, dass die letzte Vollversammlung – die ausschließlich in die Verantwortlichkeit des jetzigen AStAs falle – sonder auch viele Vollversammlungen vorher nicht gut besucht waren. Dieses Problem gehe alle etwas an. Die letzte Vollversammlung war zu spontan und kurzfristig. Aber man hätte auch beobachtet, dass auch ein größerer Vorlauf nicht die erwünschte Resonanz habe. Und man müsse sich überlegen, welche anderen Wege man gehen könne. An diesem Problem säßen sie gerade. Dies würde in der nächsten StuPa Sitzung vorgestellt. Bis dahin würde abstrakte Plan stehen, da ja alle anderen Listen mit einbezogen werden sollten. Spätestens danach sei dies dann der Fall. Sie ist sich noch nicht sicher, ob es dann schon ein Vortreffen geben werde. Und dann solle es einen Vorlauf von mindestens 4 Wochen geben.

Zwischenruf von Alexander Vasil: Ich merks mir!

Erkan Ertan weist nochmals darauf hin, dass die Kurzfristigkeit das Problem war da alles in 3 Tagen geschehen musste. Dies stände aber auch bereits in anderen Protokollen.

Antonia Capito findet die Rechenschaftsberichte für die letzten 3,5 Monate ziemlich mau. An Markus Gretschel gerichtet fragt sie, ob er die Homepage ständig aktualisiere, auch wenn es Neuigkeiten aus den einzelnen Referaten gäbe. Weil aus diesen sei ja dann anscheinend seit den letzten 2 Monaten nichts gekommen. Zudem seien die einzigen Termine in dem Kalender auf der Homepage die AStA Sitzungen und die Termine des Protest Plenums und der Sozialberatung. Sie wundert sich, warum der Terminkalender nicht benutzt werde oder ob es einfach sonst nichts Wichtiges gäbe.

Angeblich würden auch alle relevanten Informationen über den Verteiler geschickt. Sie fragt sich, welche Infos da wohl drüber gegangen sind, und welche auch nicht.

Markus Gretschel erwidert, dass gerade während der Sommermonate die veröffentlichswerten Sachen sehr mau waren. Zudem sei die AStA Homepage des öfteren gehackt worden, wodurch mache Sachen einfach nicht mehr nachvollziehbar verloren gegangen sind. Er bietet an, dass er liebend gerne jeden ihm vorgeschlagenen Termin auf in dem AStA Kalender

eintragen würde. Über den Verteiler sei z.B. die Tomte Veranstaltung verschickt worden. Demnächst würden Informationen zur Semesterticket Rückerstattung verschickt werden.

Antonia Capito fragt, ob Tomte das einzig relevante war, was verschickt wurde.

Markus Gretschel verneint dies.

Florian möchte sich Antonias Kritik anschließen. Er findet Rechenschaftsberichte zwar grundsätzlich gut, wenn man aber nichts zu berichten hat, sollte man es auch einfach lassen. Zudem blickt er nicht mehr durch wie viele Referate es eigentlich gibt, was dort genau getan wird und ob es nicht einfach ein großes Gruppenreferat gibt. In den Rechenschaftsberichten interessiert ihn eigentlich nur, was genau in den Kernbereich des Referats gehört, welchem sich der entsprechende Referent zuordnet. Zuletzt fragt er sich noch, wie viel Inhalt eigentlich ein Blatt haben muss, um es bedrucken zu können.

Florian Hartmann hat noch eine direkte Frage an Erkan Ertan bezüglich des HHG. Dieses läuft demnächst aus. Demnach ergibt sich momentan die Gelegenheit, Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. Dazu ist von der GEW und der LAK eine Wochenendklausurtagung angeboten worden, um ein alternatives HHG zu entwickeln. Daran war der AStA Gießen allerdings nicht beteiligt. Obwohl es 2 Referate für Bündnisarbeit und Koordination gibt. Gießen wird dann wohl eben an dieser Einflussnahme nicht teilnehmen. Florian Hartmann weiß, dass Erkan Ertan terminliche Gründe angegeben hatte, weswegen er nicht teilnehmen konnte. Er fragt sich, was wohl wichtiger sein könne wie so was? Demnach interessiert ihn, welche Priorität die HHG Novellierung für Erkan Ertan als AStA Vorsitzenden hat.

Erkan Ertan weist darauf hin, dass er kein AStA Vorsitzender sei. Er war auf den vorherigen LAKs, bei denen Florian Hartmann wohl nicht anwesend gewesen sei, sonst würde er dies wissen. An besagtem Wochenende hätte er spontan nicht gekonnt. Aber auch im Nachhinein möchte er sich weiter in allen Gremien dafür einsetzen. Er hofft auch, dass der AStA dort noch viel tun kann.

Florian Hartmann fragt nach ob es zutrifft, dass Erkan Ertan an der Tagung nicht teilnehmen konnte, weil er seine Bewerbung für den Bundesvorstand schreiben musste. Erkan Ertan verneint dies.

Florian Hartmann fragt Erkan Ertan, was Qualitätskontrolle bei Druckereien sei, da dies in seinem Rechenschaftsbericht erwähnt sei.

Erkan Ertan erklärt ihm, dass man nachgucken würde, ob die Farben stimmen. Qualitätskontrolle sei dabei ein von den Druckereien gängig gebrauchter Begriff

Antonia Capito bemerkt zu Janina Grunwald, dass wie bei allen auch bei ihr sehr wenig im Rechenschaftsbericht stehen würde. Sie fragt nach, ob der AStA Zugtickets für die Fahrt nach Köln angeboten hatte und über welche Verteiler dies geschehen ist. Zudem fragt sie sich, warum die Demonstration gegen die Nationalen nicht auf der Homepage stand. Sie fragt, was Janina Grunwald zu den Übergriffen in Gießen getan hat und ob es Presseerklärungen diesbezüglich gab.

Janina Grunwald gesteht, dass sie die Presseerklärung in ihrem Rechenschaftsbericht vergessen habe, es aber eine gab. Zudem habe sie auch eine Rede gehalten, die über die Antifa

organisiert war. Den Termin auf die AStA Homepage zu setzen habe sie vergessen. Sie habe die Infos aber über den Juso, den Die Linke und den Aktionsbündnis Verteiler geschickt.

Nathalie Meyer hat noch mehrere Fragen an Erkan Ertan:

- 1.) Sie fragt nach seiner Kandidatur für den Bundesvorstand der Juso HSGs und der damit auftretenden Doppelbelastung für Erkan Ertan.
- 2.) Sie fragt, warum es in Gießen keinerlei Mobilisierung und Flyer zu dem gestrigen alternativen Bildungsgipfel in Dresden gab. Dieser würde von der LAK unterstützt und auch ein Bus aus Frankfurt war organisiert.
- 3.) Zudem interessiert sie, dass sie in der FR gelesen habe, dass der AStA wieder Gespräche mit dem FZS aufgenommen hätte um wieder einzutreten. Sie erkundigt sich nach dem derzeitigen Stand.

Erkan Ertan antwortet:

- 1.) Dass seine persönliche Bewerbung hier nichts zur Sache täte. Seine Überlegungen dazu werde er kundtun, wenn es so weit sei. So lange solle sich Nathalie Meyer gedulden.
- 2.) Zu dem alternativen Bildungsgipfel habe Gießen keine Infos geschickt bekommen und deshalb sei dort auch nichts passiert. Er selbst war auch letzte Woche nicht in Gießen und konnte sich nicht darum kümmern.
- 3.) Mit der FR habe er bereits telefoniert. Dieses Gespräch habe es niemals gegeben. Den FZS und seine Entwicklung würden sie weiter beobachten, eine Entscheidung diesbezüglich stände noch an. Diese würde aber dann auch im StuPa diskutiert werden.

Antonia Capito fragt nach:

- 1.) ... ob der AStA den Bus zum alternativen Bildungsgipfel mitfinanziert hat.
- 2.) ... ob es am Anfang des Semesters noch Probleme mit Studiengebühren geben habe. Dies hätte sie zumindest gehört und würde gerne mehr informiert werden. Gab es Mahnungen?
- 3.) ... ob es von Samira Bouchouaf auch Eigeninitiative gab, sich im Lokalbündnis zu engagieren.
- 4.) ... wie die Beteiligung bei der LAK aussehe.
- 5.) ... welche Überlegungen es zu den Autonomen Referaten gebe.

Samira Bouchouaf antwortet zu 3.), dass sie mit Ernst Richter telefoniert hatte und versucht hatte, sich zu koordinieren. Benjamin Röhl habe ja auch Terminvorschläge verschickt. Dies hatte aber alles nicht geklappt. Innerhalb der nächsten 3 Wochen solle aber ein Termin gefunden werden. Da ja im November hoffentlich ein Regierungswechsel anstehen würde, wolle man als Bündnis erste Vorschläge erarbeiten.

Samira Bouchouaf antwortet zu 4.), dass die Arbeit gut aussehe. Morgen sei bereits eine kleine Vorbesprechung der Verkehrs LAK. Morgen stehe auch eine Verabredung mit RMV betreffend neuen Vertragsverhandlungen an.

Samira Bouchouaf antwortet zu 1.), dass so weit wie wisse kein Antrag hinsichtlich dessen vorlag.

Nathalie Meyer sagt, dass es eine Anfrage über den LAK Verteiler an alle ASten gegeben hätte. Aber eine LAK Angelegenheit werde wohl hier nicht unterstützt und beworben. Sie möchte wissen, warum nicht.

Jonas Ahlgrimm fragt Nathalie Meyer und Antonia Capito, warum sie dies nicht vorher sagen würden und ob sie den AStA auflaufen lassen wollten. Wenn sie das als sinnvoll erachten würden, könnten sie dem AStA auch vorher schon auf die Füße treten.

Antonia Capito erläutert, dass sie bereits vor mehreren Wochen das AStA Büro angeschrieben hätte, dass ein Bildungsgipfel stattfinden würde und es keine Infos dazu vom AStA geben würde. Sie sieht ihre Aufgabe damit erfüllt. Sie ist der Meinung, dass die AStA Referenten den LAK Verteiler schon selbst lesen müssten und Aufgaben übernehmen müssten. Wenn sie das nicht täten, seien sie falsch in ihrem Referat.

Samira Bouchouaf erwidert dass es sachlich falsch sei, dass Antonia Capito etwas ans Büro geschickt habe. Zudem ist sie der Meinung, dass der wütende Junge im blauen Tshirt – dessen Namen sie immer vergisst, sich nicht so aufspielen solle.

Der Präsident ermahnt Samira Bouchouaf die Parlamentarier bitte nicht mit „wütender Majestät“ anzusprechen sondern sie über ihren Namen oder ihre Liste zu identifizieren.

Samira Bouchouaf gesteht ein, dass ihr Markus Gretschel gerade mitteilen würde, dass die Email doch über den Verteiler gegangen sei. Dies würde ihr leid tun. Sie weist aber die DL darauf hin, dass sie lange genug im AStA gewesen waren um zu wissen, was für ein Aufwand betrieben werden müsse um diese Struktur zu stemmen. Klar sei es leicht, an der einen oder anderen Stelle Kritik zu üben. Es sei auch richtig, dass man dazu stehen müsse, wenn ein Fehler geschehen ist. Dann müsse man auch die politische Verantwortung dafür übernehmen und Fehler anerkennen. Dies dürfe aber nicht dazu missbraucht werden, den AStA als unfähig oder falsch darzustellen. Dies findet sie überflüssig.

Antonia Capito schlägt vor, dass man ja auch jetzt noch mal nachfragen könne, ob von der Finanzierung des Busses noch etwas übrig sei. Zudem müsse sie keine weiteren Kritikpunkte suchen. Mit den vorgelegten Rechenschaftsberichten täte dies der AStA selbst.

Florian Hartmann fragt nach, wie weit der AStA die angestrebte Barrierefreiheit and der Uni, die im StuPa beschlossen wurde, diskutiert habe. Welche Maßnahmen wurden da getroffen, z.B. im Bezug auf die Ersti-Party,

Erkan Ertan meint, dass man dazu Stellung bezogen habe. Darin sähen sie sogar ihre Hauptarbeit, die auch aufgenommen sei. Es werde versucht, eine Lösung für die Tür zu finden. Den Leuten solle mit ihren Schwierigkeiten geholfen werden in den AStA zu kommen. Auch das ABER habe für die Ersti-Woche Helfer eingestellt.

Samira Bouchouaf findet es erschreckend, dass frühere ASten dieses Thema nicht aufgegriffen haben. Die Barrierefreiheit der Uni sei ein unglaublich wichtiges Thema. Auf der AStA Klausurtagung wurde beschlossen, dass die dies die Forderung nach der Abschaffung von Studiengebühren ablösen solle. Aber sobald man die Thematik in Angriff nehmen würde, würde man merken, dass es an allen Ecken und Enden fehlt. Man bekäme nur gesagt, dass es kein Geld gäbe. Aber der AStA würde alles versuchen Impulse zu setzen und zu unterstützen. Da müssten sie aber auch nur dem Alexander Busam hinterherlaufe, der ja extrem engagiert voranschreitet.

Alexander Busam erwähnt zur Ersti Party dass es schön gewesen wäre, wenn die Organisatoren mit dem ABER zusammengearbeitet hätten und vorher nachgefragt hätten, was für wen sinnvoll gewesen wäre. Weil dies hat nicht stattgefunden. Alexander Busam war kurz dort gewesen und hatte mal nachgefragt, ob es z.B. Ruheräume und Assistentzhelfer gebe.

Diese gab es nicht. Praktisch wäre auch gewesen dies über den Verteiler vom HRZ zu schicken bis die Homepage barrierefrei sei, da die Sehgeschädigten sich dies vorlesen lassen könnten. Danach könne dann von der Homepage ein barrierefreier Zwilling erstellt werden.

Antonia Capito fragt, ob wirklich der Marx Lesekreis und die Hiwi Ini auf den selben Tag gelegt wurden. Und warum dieses nicht im AStA Kalender stehen würde. Zudem möchte sie etwas zu dem Status der autonomen Referate wissen.

Johannes Minet erinnert sich, dass so eine halbe Woche vor der Ersti Party Alexander Busam auf der AStA Sitzung war, wo über die Ersti Party gesprochen wurde. Dort hätte man sie darauf ansprechen können.

Alexander Busam meint, er sei wohl geistig nicht anwesend gewesen.

Sonja Röhm wollte das gleiche sagen wie Johannes Minet. Wenn der AStA bei bestimmten Anlässen versäumen würde auf die Barrierefreiheit zu achten läge das nur daran dass sie es vergessen hätten, da dies ja bis vor kurzem noch nicht so ein großes Thema war. Daran müssten sie sich erst gewöhnen und man müsste sie auch daran erinnern. Das Thema sei noch nicht so im Kopf drin.

Jonas Ahlrgimm gibt zu, dass das mit der Terminüberschneidung ein ärgerlicher Patzer sei. Das letzte Treffen der Hiwi Ini hätte er verpasst. Er hätte Tobias Cepok gefragt was es mit der Vollversammlung der Hiwis gegeben hätte. Dieser sei auch nicht informiert gewesen. Deshalb habe er nichts mitbekommen. Dies sei aber alles kein Problem. Er werde vielleicht einfach in einen anderen Raum umziehen. Er hatte versäumt, sich entsprechend kundig zu machen.

Antonia Capito wollte dies nicht als Vorwurf formulieren. Es sollte lediglich ein Hinweis sein. Sie findet das nämlich schade, weil es vermutlich dieselben Gruppen ansprechen wird. Erkan Ertan erzählt dass sie sich überlegen würden, wie man mit den autonomen Referaten besser zusammenarbeiten könne. Es gab einen runden Tisch wo dies diskutiert wurde. Etwas festes wäre noch nicht beschlossen.

Florian Hartmann meint, dass es eine Regelung mit der Hiwi Ini geben werde. Er hat aber noch eine Frage zu der nächsten Vollversammlung, ob dies sie Wahl-VV sein solle oder ob es dazwischen eine geben solle. Erkan Ertan bejaht dies.

Alexander Vasil fragt nach, was sich aus der Debatte, die es auf einer der letzten StuPa Sitzungen bezüglich Irritationen und Beschwerden von AStA Helfern gab, ergeben hat und welche exekutiven Maßnahmen dazu getroffen wurde. Er wolle noch mal daran erinnern. Und morgen noch mal konkret nachfragen im Büro.

Johannes Minet sagt, dass die Sekretärin alles abstempeln würde. Diese Problemlage würde sich nicht stellen und der Beschluss sei somit umgesetzt.

Der Präsident hat eine Verständnisfrage um welche Zettel es ginge. Um die Protokollierung des Eingangs von jedem Dokument oder um die Hinweise auf Rechten und Pflichten?

Alexander Vasil meint die Änderung des Formblatts über Helferverträge. Die Beschlusslage war dass diese um gewisse Rechte und Pflichten ergänzt werden sollten. Dazu gab es einen Beschluss und er möchte wissen, ob dieser umgesetzt wurde.

Johannes Minet glaubt, dass dies eine der letzten Amtshandlungen von Frederic Schneider war.

Anna Bühne fragt, ob die FLR Party von einem professionellen Veranstaltungsunternehmen unterstützt wird, nach welchem Prozedere dieser gefunden wurde und ob es diesbezüglich Ausschreibungen gab.

Samira Bouchouaf sagt, dass sich das FLR ihres Wissens nach der Hilfe des ehemaligen Kulturreferenten bediene.

Anna Bühne fragt, ob es in diesem Unternehmen auch einen Compagnon gebe. Und dieser auch durch Mittel des AStAs finanziert würde.

Johannes Minet weist darauf hin, dass es einen Werkvertrag mit der natürlichen und nicht mit dem Unternehmen als juristische Person gebe.

Antonia Capito findet es sehr bedauerlich, dass Marie Moos aus dem AStA ausscheidet. Die DL hatte den Eindruck, dass sie die einzige war, die kompetente Arbeit geleistet hatte. Aber da sie den unkollegialen Arbeitsstil der Jusos kennen würde, könne sie das nur sehr gut verstehen.

Der Präsident fragt nach der aufgeworfenen Frage.

Antonia: Hm....

TOP 12: Anträge

A. Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, # 48

Alexander Vasil hat eine rein formale Anmerkung. Er ist der Meinung, dass die prinzipiell zustimmungsfähigen Inhalte durch die nachlässige Begründung in Form und Grammatik dermaßen konterkariert werden, dass man es fast als Missachtung des Parlaments verstehen könnte. Es seien mindestens 10 Fehler enthalten.

Der Präsident weist darauf hin, dass lediglich der Text Gegenstand des Beschlusses sei, die Begründung hingegen nicht.

Samira Bouchouaf sieht dies als eine mehr oder minder berechtigte Anregung. Die Anträge seien aber von dem lieben Younes Qrirou geschrieben worden, der sich grammatikalische nicht so sauber ausdrücken könne, wie manch anderer der Deutsch als 1. Muttersprache habe. Von den Jusos hätte keiner Zeit gehabt drüber zu lesen. Der Fehler möge entschuldigt werden.

Johannes Minet meint, dass es jetzt um die Inhalte gehen solle. Wenn Alexander Vasil redaktionelle Ergänzungen habe, solle er dies mittels Änderungsanträgen machen.

Younes Qrirou erklärt, dass er die Anträge sehr kurzfristig geschrieben habe. Er hoffe aber, dass die anderen den Inhalt dennoch gut verstehen würde.

Alexander Vasil wollte sich ja nur mal drüber beschweren.

Younes Qrirou stellt den Antrag vor. Es soll ein kommunales Wahlrecht für Ausländer geschaffen werden, auch für EU-Drittstaatler. Sie sollen sich in der politischen Atmosphäre heimisch führen. Dies sei sehr wichtig. Deshalb solle dieser Antrag auch von den

Landtagsfraktionen positiv beschieden werden. Und auch das StuPa solle sich damit beschäftigen.

Nathalie Meyer begrüßt diesen Antrag. Allerdings würde sie schriftlich einen Änderungsantrag einreichen.

Es gibt Verwirrungen über die Versionen des Antrags.
Younes liest den Antragstext vor.

Nathalie diktiert dem Präsidium ihren Änderungsvorschlag:
Das Studierendenparlament begrüßt die Forderung im hessischen Landtag, ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Dimitrij Kalaschnikow findet, dass diese Gruppen schon hinreichend durch den Ausländerbeirat in den Gremien vertreten werden.

Younes Qirou weist darauf hin, dass Integration ein zweiseitiger Prozess sei. Wenn den Ausländern auch die Möglichkeit eingeräumt werden würde eine Wahlberechtigung zu erhalten, würde dies die Gleichstellung viel besser fördern. Sie seien dann auch viel besser repräsentiert wie lediglich durch den Ausländerbeirat. Zudem würden viele Ausländer – darunter vor allem die Transmigranten – hier die Demokratie für sich entdecken. Hier könnten sie die Demokratie live miterleben, erfahren was dies ist und ihr Interesse dafür wecken. Dadurch würden auch Entwicklungsperspektiven für ihre Heimatländer geschaffen.

Thomas Krauskopf kann Dimitrij Kalaschnikow nicht zustimmen. Er findet den Ausländerbeirat zwar sehr gut, aber bei diesem handele es sich eben doch nur um einen Beirat. Dieser könne keine wichtigen Entscheidungen treffen. Aber auch die Drittstaatler würden in der Kommune leben und dort am öffentlichen Leben teilnehmen. Sie zahlen genauso Steuern und es sei absolut ungerechtfertigt, warum diese Leute ausgeschlossen und diskriminiert werden und davon ausgeschlossen werden, die Politik mitzugestalten.

Anne Bühne möchte sich dem anschließen. Ein Beirat könne nicht die Wahlberechtigung dieser Gruppe ersetzen.

Dimitrij Kalaschnikow verweist auf die HGO und welche Einwirkungsmöglichkeiten der Ausländerbeirat hat.

Johannes Henkel möchte wissen was es für einen Unterschied bezüglich der Wahlberechtigung zwischen EU-Staatlern und Drittstaatlern gibt.

Johannes Minet sieht einen Widerspruch mit dem Demokratieprinzip. Man könne ja sonst auch schließlich alles andere abschaffen und sich nur noch durch Beiräte repräsentieren lassen.

Dimitrij Kalaschnikow findet dass nur dem ein Wahlrecht zusteht, der dauerhaft in einer Kommune lebt und sich dort auch integrieren will. Die Leute, die nur kurz zum studieren hier sind, für die sind diese Mitbestimmungsrechte nicht konzipiert. Daran soll nur teilnehmen, wer sich in der Kommune und der Gemeinde zu Hause fühlt.

Janina Grunwald bezichtigt Dimitrij Kalaschnikows Aussagen als fremdenfeindliche Aussagen. Sie will von ihm wissen, wie er EU Bürger und Drittstaatler unterscheiden will. Samira Bouchouaf weist darauf hin, dass auch die Migrationshintergrund habe und sich in dem Antrag wieder finden könne. Ihre Eltern lebten seit über 40 Jahren in Deutschland und seien vollwertige Mitglieder ihrer Gemeinde. Sie sprächen fließend Deutsch und seien voll integriert. Dennoch hätten sie nicht die Möglichkeit, ihre Gemeinde politisch mitzugestalten.

Die Tatsache, nicht EU-Bürger zu sein und nicht integriert zu sein, dürfe nicht gleichgesetzt werden. Deshalb unterstütze sie diesen Antrag.

Johannes Henkel kommt aus Bayern. Er fühle sich hier nicht als Hesse. Dennoch stehe ihm hier ein Wahlrecht zu. Er frage sich, warum ein Ausländer dies nicht haben solle. Younes Qrirou spricht sich noch mal dafür aus, wie wichtig dieser Antrag ist.

Thomas Krauskopf findet das Argument, dass gewisse Studenten nur kurzfristig hier seien und sich nicht integrieren könnten, nicht stichhaltig. Dies könne nicht der Grund sein, einer ganz großen Gruppe aller Nicht-Eu-Ausländer das Wahlrecht generell abzusprechen. Auch er frage sich nach dem Unterschied von EU-Bürgern und Drittstaatlern.

Dimitrij Kalaschnikow sieht substantiell am Menschen keinen Unterschied. Aber an den zugestandenen Rechten gäbe es Unterschiede. Wir leben in einer Union, die immer mehr wächst und gedeiht. Dort könnten wir solche Dinge nicht mehr alleine entscheiden, die anderen EU-Staaten würden mitentscheiden. Die EU-Bürgerschaft sei an die nationale angegliedert. Dies sei demnach eine rechtliche Unterscheidung. Die Studenten könnten an den kommunalen Wahlen nicht teilnehmen, weil dadurch ein falsches Gewicht gesetzt würde. Die Schwerpunktsetzung der Themen würde verschoben, obwohl sie nur temporär hier wären. Und es ginge doch darum, dass die Kommune sich wohl fühle. Das GG würde auch über Einbürgerungsmöglichkeiten für EU-Bürger und Drittstaatler unterscheiden. Und wenn dies das höchste Gesetz sei, dann könnten auch wir uns daran halten. Es sei nicht verwerflich auf Grund der Staatsangehörigkeit gewisse politische Rechte zu beschneiden.

Janina Grunwald versteht immer noch nicht, was einen Deutschen von einem Nicht-Eu-Bürger unterscheidet.

Dimitrij Kalaschnikow sagt, dass es bei den elementaren Grundrechten keine Unterscheidung gebe. Aber bei den Mitwirkungsrechten schon.

Nathalie Meyer formuliert einen neuen Änderungsantrag und zieht ihren alten zurück.

„Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität Gießen fordert das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger“

Abstimmung über den Änderungsantrag: 13 x Ja
1 x Nein
7 x Enthaltung
→ Antrag angenommen

Abstimmung über den kompletten Antrag: 22 x Ja
1 x Nein
0 x Enthaltung
→ Antrag angenommen

B. Antrag Ablehnung des Gesinnungstest, # 49

Younes Qrirou stellt den Antrag vor. Der letzte Satz bei der Begründung muss weg. Er erzählt, dass niemand weiß, was in diesem Test abgefragt wird. Staatsangehörige ca. 20 islamischer Länder müssen diesen Test ausfüllen. Die Fragen gehen in die Richtung „Kennen sie Bin Laden persönlich?“. Der AStA Münster hat bereits dagegen geklagt. Dieser Test wurde in Hessen 2007 eingeführt. Von dem Giessener AStA kam dazu nichts. Das findet er

sehr bedauerlich. Dieser Test ist zu verurteilen da es auch auf Grund der Geheimhaltungspflicht keine Rechtsberatung geben kann. In NRW wird versucht, diesen für rechtswidrig zu erklären. Es gibt ansonsten keine Informationen über den test. Dies ist eine Diskriminierung gegenüber diesen Studenten. Man können ja auch nicht wissen, ob vielleicht jemand von der roten Armee aus Japan komme.

Alexander Vasil möchte wissen, ob es sich dabei um die bundespolizeiliche Maßnahme von Schäuble handele.

Younes Qrirou erklärt, dass dies in die Kompetenz der Länder falle. Diesen Test gäbe es nur in den CDU Regierten Ländern.

Nathalie Meyer begrüßt diesen Antrag. Dennoch möchte sie ein aktives Element in diesem Beschluss haben. Sie wünscht sich weitere Arbeit zu diesem Thema von ASV und Antifa-Referat. Es solle nicht nur bei der Bekundung von Meinungen bleiben. Die Kampagne in NRW hatte zu einem großen Aufsehen gesorgt. Sie fände es toll, wenn der Giessener AStA etwas ähnliches tun würde.

Nathalie Meyer formuliert einen Änderungsantrag:

Der AStA setzt sich aktiv mit dem Thema auseinander und wird öffentlichkeitswirksame Maßnahmen dagegen ergreifen.

Alexander Vasil kritisiert daran, dass sich das so anhöre, als sei das ein AStA Beschluss. Er möchte aber, dass das StuPa den AStA auffordert, dies zu tun.

Der Präsident weist darauf hin, dass sowieso darüber stehen würde: „Das StuPa möge beschließen der AStA ...“

Abstimmung über den Änderungsantrag: 21 x Ja
 0 x Enthaltung
 2 x Nein
 → Antrag angenommen

TOP 13: Sonstiges

Die DL macht eine Ankündigung: Am 29.10.2008 findet im Infoladen die Veranstaltung „Grenzenlose Härte“ zum Thema FRONTTEX statt. Alle sind herzlich eingeladen.

Der Präsident möchte am 05.11.2008 zur gleichen Zeit am gleichen Ort alle wieder hier sehen.

Ende der Parlamentssitzung: 00:46 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Eric Baumann

Marie Moos

Tayfun Tok